

28.07.2020

»Systemherausforderung: Geopolitik in Zeiten von Corona

Dr. Johann-David Wadephul MdB
Stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einleitung

Dr. Lars Hänsel

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ übernahm Deutschland am 1. Juli 2020 für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU). Im Mittelpunkt des Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht dabei die unmittelbare Bewältigung der Corona-Pandemie. Es gilt aber zudem, die Handlungsfähigkeit Europas nach außen zu stärken, denn Geopolitik spielt eine zunehmend größere Rolle. Nur so kann Europa seine Interessen verteidigen und seine Verantwortung in der Welt wahrnehmen.

In der Konrad-Adenauer-Stiftung setzen wir uns ein für ein starkes, geeintes und handlungsfähiges Europa, die transatlantische Partnerschaft sowie für eine partnerschaftliche und regelbasierte internationale Ordnung. Das Thema Sicherheit stellt dabei ein Schwerpunktthema der stiftungsweiten Aktivitäten dar. Denn uns ist bewusst, dass unsere Sicherheit alles andere als selbstverständlich ist. Außen- und sicherheitspolitische Überlegungen und das klare Bekenntnis zur europäischen und euroatlantischen Integration bestimmen daher unser Handeln an den über 30 Standorten der Stiftung in Europa und Nordamerika. Der Austausch mit der Politik stellt dabei ein wichtiges Element der thematischen Steuerung und Koordinierung dar.

Alljährlich führt eine Konferenz der Leiterinnen und Leitern der Auslandsbüros auch hochrangige Repräsentanten von Regierung, Parlament und Partei zusammen, mit dem Ziel einer Standortbestimmung und strategischen Ausrichtung der europäischen und internationalen Arbeit der Stiftung für die kommenden zwölf Monate. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Konferenz nicht wie gewohnt als Präsenzveranstaltung in Berlin durchgeführt werden und wurde in den digitalen Raum verlagert: Von Moskau über Stockholm, Genf, Madrid bis nach Washington wurden die Auslandsmitarbeiter in einer Videokonferenz zusammengeschaltet.

Über 35 Kolleginnen und Kollegen in fünf Zeitzonen diskutierten Anfang Juli zu aktuellen politischen Entwicklungen und den Herausforderungen der Auslandsarbeit. Die Bandbreite der Themen reichte dabei von den großen außen- und sicherheitspolitischen Fragen – Zukunft der transatlantischen Beziehungen, das Verhältnis zu China und Russland, der Multilateralismus in der Krise – bis zu konkreten europapolitischen Entscheidungen – EU-Ratspräsidentschaft und Wiederaufbaupaket.

In diesem Kontext präsentierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Dr. Johann-David Wadephul MdB seine Thesen zu „Systemwettbewerb - Geopolitik in Zeiten von Corona“. Dr. Wadephul betonte, dass die Pandemie als Katalysator für Entwicklungen, die schon

seit längerem latent oder offen aufgetreten sind, als auch als Inkubator völlig neuer Entwicklungen wirkt und skizzierte systemische Herausforderungen und Instabilitäten sowie strategische Herausforderungen, um dann eine nüchterne Analyse der Rolle und Fähigkeiten der EU vorzunehmen: „Global gesehen ist die EU wirtschaftlich – noch – eine Macht. Außenpolitisch ist sie bestenfalls eine Regionalmacht, sicherheitspolitisch ein Zwerg.“ Davon abgeleitet forderte Dr. Wadepuhl MdB eine Konzentration der EU auf die Erfüllung der vorrangigen Kernaufgaben. Wie diese Kernaufgaben definiert werden und was die wichtigsten außenpolitischen Aufgaben sind, können Sie hier nachlesen.

Sich dem Systemwettbewerb stellen – Einführende Thesen

Einführende Thesen bei der hybriden Mitarbeiterkonferenz der Abteilung Europa/Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. am 02. Juli 2020

Die Corona-Pandemie wirkt sowohl als ein Katalysator für Entwicklungen, die schon seit längerem latent oder offen aufgetreten sind, als auch als Inkubator völlig neuer Entwicklungen. Die Welt befindet sich noch inmitten der Pandemie. Deswegen sind Aussagen zu einer Welt nach Corona noch vorschnell – doch Tendenzen zeichnen sich ab.

Systemische Herausforderungen und Instabilitäten

1. Autoritäre Macher versus demokratische Zögerer? Die Corona-Krise zeigt grell systemischen Wettbewerb: welches Gesellschaftssystem erweist sich in der Krisenbewältigung als am effektivsten? Die vermeintlich „autoritären Macher“ treten an gegen die „demokratischen Zögerer“: vermeintlich schnellere Entscheidungswege autoritärer Systeme, technokratisch-analytische Entscheidungen versus „politischer“ Konsensprozesse, schnelle und durchgreifende Ressourcenallokation versus Zuständigkeitsdiffusion etc.

Dies Bild ist nicht neu. So hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten in vielen Teilen Ost- und Südasiens und zunehmend auch im Mittleren Osten das Beispiel des technokratisch-kapitalistischen benevolenten Obrigkeitsstaats (hier vor allem Singapur; zusehends aber auch der Eigenanspruch Chinas) als Wunschbild

eigener staatlicher Entwicklung festgesetzt, das das der liberalen Demokratien Westeuropas und der USA zusehends verdrängt (*Parag Khanna*).

2. Gerade im direkten **Vergleich zwischen China und den USA** droht das Bild eines egoistischen, isolationistischen, sklerotischen (und kranken!) Hegemons von gestern (USA) kontrastiert zu werden mit einem solidarischen, global agierenden, dynamischen (und dank besseren Vorgehens: schnell genesenen) Weltenretters von morgen (China).

3. Um dem entgegen zu treten, muss in zeitlich längere Sicht der Diskurs zur Corona-Reaktion darum auf der **Betrachtung liegen, wer insgesamt am effektivsten reagiert hat** und nicht, wer am schnellsten reagiert hat. Vor diesem Hintergrund haben auch die „demokratischen Zögerer“ ein zeitlich begrenztes *Window of Opportunity*.

4. Volkswirtschaftlich am stärksten betroffen durch die Pandemie werden Staaten sein, die sich in besonderem Maße in die globalisierte Wirtschaft integriert haben. Entweder, weil sie als „Werkbänke der Welt“ agierten (z. B. Bangladesch) oder weil sie von der besonderen Mobilität der Globalisierung vor Corona profitiert haben etwa durch eine besonders starke Ausrichtung auf den Tourismus (u. a. Ägypten und die Seychellen).

Die prekäre volkswirtschaftliche Grundlage vieler Staaten wird verschärft durch Beschränkungen und durch Einbrüche in der Wirtschaftskraft – gerade in Afrika und Nahen Osten.

5. Wirtschaftliche Einbrüche und eine unzureichende Gesundheitsversorgung können die Unzufriedenheit und das Vertrauen in die Staatsführungen zusätzlich untergraben. Selbst in finanzstarken Staaten birgt die Covid-19-Krise das Risiko eines Vertrauensverlusts in die eigene staatliche Fürsorge. Insbesondere bei Staaten (wie die arabischen Golfstaaten oder Libyen), die das Regierungsmodell „Staatliche finanzielle/gesundheitliche Fürsorge im Gegenzug für Akzeptanz der Politik durch die Bevölkerung“ verwenden.

6. Staaten können die Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie nutzen, um via dauerhaften Notstandsverordnungen **ein zunehmend autoritäres und repressives Regierungsmodell zu schaffen.** Dazu gehört auch eine Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen, indem diese Maßnahmen als Instrument pandemischer Krisenprävention und staatlicher Gesundheitsfürsorge dargestellt, Bürger vor die Wahl zwischen bürgerlichen Freiheiten und dem Schutz der eigenen Gesundheit gestellt werden.

7. Zu befürchten ist zudem eine **Suche** politisch oder legitimatorisch „angeschlagener“ Regime und Regierungen nach **Ventilen für den Unmut.** Historisch folgte daraus oft eine **aggressive und stark nationalistisch geprägte Außenpolitik.**

Strategische Herausforderungen

1. Unsere werte- und regelbasierte internationale Ordnung wird verstärkt infrage gestellt. China will diese möglichst weitgehend (in seinem Sinne in eine sinozentristische Weltordnung) verändern und hat dafür im Rahmen einer immer engeren strategischen Kooperation Russland an seiner Seite. Und die USA stehen nur noch begrenzt für diese Ordnung ein, stellen sie schrittweise infrage.

2. Die politische, wirtschaftliche und technologische Herausforderung der EU durch **China** wächst. Unsere Vorsprünge gegenüber China und andere asiatische Staaten im wirtschaftlichen und technologischen Bereich schwinden. Eine direkte sicherheitspolitische Herausforderung Europas durch China (mit Russland) ist absehbar.

3. Russland ist eine vor allem gegen die westliche Wertegemeinschaft destruktiv agierende Großmacht. Es nutzt seine wenigen Machtinstrumente (militärische Macht/Nuklearwaffen, Energie, Veto-Recht im VN-SR und seine begrenzte „Softpower“, die es im Cyber- und Desinformationsbereich hat) gut, um aus seiner Sicht missliebige Entscheidungen zu verhindern, um zu schwächen und zu spalten, um zu destabilisieren, zu drohen, zu erpressen und um bestehende Ordnungen zu zerstören. Aber es ist derzeit nicht willens und vor allem substantiell nicht in der Lage, stabile Ordnungen zu schaffen, weltpolitische Herausforderungen konstruktiv (mit-)zu gestalten.

4. Unser transatlantischer Partner USA, der massiv von den wirtschaftlichen Folgen von Corona belastet wird, wird wirtschaftlich ein immer schwierigerer Konkurrent werden, sicherheitspolitisch wird er noch weniger als bisher ein Anlehnungspartner sein – auf jeden Fall wenn es um unsere unmittelbare Nachbarschaft im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika geht.

5. Die **Migration aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten** nach Europa dürfte angesichts der politischen, vor allem aber der wirtschaftlichen und sozialen Belastungen und Verwerfungen durch die Corona-Pandemie zunehmen.

Eine nüchterne Analyse der Rolle und der Fähigkeiten der EU

1. Global gesehen ist die EU wirtschaftlich – noch – eine Macht. Außenpolitisch ist sie bestenfalls eine Regionalmacht, sicherheitspolitisch ein Zwerg. Weder China noch Russland noch die USA noch viele asiatische Staaten nehmen die EU als sicherheitspolitischen Faktor ernst, auch in Afrika dürfte sich das bald zeigen. Die EU ist nicht einmal in der Lage, im nahen Umfeld (Syrien, wohl auch Libyen) Sicherheit und Stabilität für Europa zu schaffen.

2. Angesichts dessen wird sich die EU vorrangig auf das Wesentlichste – auf die Abwehr der größten Gefahren – konzentrieren müssen. Gibt es in der EU ein gemeinsames Verständnis, welches die größten außen- und sicherheitspolitischen Gefahren sind? Mit Blick auf China vielleicht noch mit Blick auf Russland, auf unsere unmittelbare Nachbarschaft im Nahen und Mittleren Osten oder auf Afrika gibt es das eher nicht! Und besteht nicht zudem die Gefahr, dass die Mitgliedsstaaten noch mehr als bisher auf ihre jeweiligen traditionellen Interessen schauen? **Damit wird die alte Aufgabe, gemeinsame außenpolitische Antworten zu finden, noch schwieriger, aber dringlicher.**

3. Immerhin hat die Europäische Union, um diese Problemlagen zu bewältigen, ausreichende Übereinstimmungen und gemeinsame Interessen. Die Mitgliedsstaaten haben eine große Übereinstimmung bei den demokratischen und sozialen Werten. Sie haben das gemeinsame Ziel, „ihre“ werte- und regelbasierte internationale Ordnung zu sichern. Sie sind überzeugt, dass auch in der durch Corona veränderten globalisierten Welt keine europäische Nation für sich allein bestehen kann. Deshalb kann auch davon ausgegangen werden, dass **weitgehende Interessensidentität mit Blick auf eine bestmögliche Erfüllung der Kernaufgaben der EU besteht, bei denen die einzelnen Mitgliedsstaaten überfordert sind.**

Was tun?

Die EU muss sich deshalb vorrangig auf die Erfüllung der Kernaufgaben konzentrieren.

Diese sind:

- › *Sicherung der werte- und regelbasierten internationalen Ordnung,*
- › *Wahrung einer starken wirtschaftlichen Position der EU in der Welt,*
- › *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,*
- › *Bekämpfung des Klimawandels,*
- › *Schutz der Außengrenzen und*
- › *gemeinsame Vorsorge für die Bekämpfung von Pandemien.*

In allen anderen Bereichen der EU-Politiken muss das für den Zusammenhalt der EU Unverzichtbare sichergestellt werden.

1. Die Sicherung „unserer“ werte- und regelbasierten internationalen Ordnung gegen systemische Herausforderer wie China und Russland muss zur Hauptaufgabe werden. Wenn wir dies nicht schaffen, hat das dramatische Auswirkungen auf unsere Werte, Interessen und Lebensweise. Diese existenzielle Herausforderung kann die Europäische Union allein nicht bewältigen. Die bereits enge Zusammenarbeit mit weltweiten Wertepartnern muss zu einer durchsetzungsfähigen Interessensgemeinschaft weiterentwickelt werden.

Die EU braucht eine ernsthafte breite Debatte darüber, dass es angesichts der sich immer stärker herausbildenden dynamischen und multipolaren Welt nicht selbstverständlich ist, dass die internationale Ordnung europäischen Werten, Standards und Interessen dient. Und sie muss deutlich machen, mit welchen Instrumenten sie diese „ihre“ Ordnung sicherstellen will.

2. Eine starke EU-Wirtschaft ist im globalen Wettbewerb unser stärkstes und wirksamstes Instrument, um unseren Einfluss für den Erhalt der werte- und regelbasierten internationalen Ordnung wahrzunehmen und um unsere Interessen sichern zu können. Demzufolge müssen wir alles tun, um unsere

wirtschaftliche Stärke nicht nur zu erhalten, sondern sie möglichst zu verbessern – insbesondere gegen systemische Konkurrenten wie China. Deshalb hat die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise in der EU auch eine erhebliche außenpolitische Bedeutung.

3. Als eine Konsequenz aus der Corona-Pandemie muss geprüft werden, wo für eine **größere Autonomie und Unabhängigkeit der europäischen Wirtschaft und Industrie** bestimmte Schlüssel-Fähigkeiten und -Kapazitäten in der EU verbleiben bzw. in die EU zurück geholt werden sollten oder – aus Kostengründen – in enge europäische Partnerländer (Türkei, Ukraine etc.) verlagert werden könnten.

4. Erhalt und Stärkung der EU-Standards für Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit im Innern sind Grundaufgaben einer Wertegemeinschaft wie der EU, vor allem, wenn diese von systemischen Herausforderern infrage gestellt wird. Angesichts der häufigen Verletzungen dieser Standards durch bestimmte EU-Mitglieder und der Unwirksamkeit von Art. 7 EUV muss die EU mit der Vereinbarung des Mittelfristigen Finanzrahmens einen Rechtsstaatsmechanismus beschließen: die Vergabe von Struktur- oder Kohäsionsfonds-Mitteln muss künftig an die Einhaltung der EU-Standards gebunden werden.

5. Zur Stärkung der begrenzten militärischen Handlungsfähigkeit der EU müssen die Möglichkeiten der militärischen Zusammenarbeit und Integration forciert werden. Gerade angesichts eingeschränkter finanzieller Mittel sollte sich auf das Notwendige und das realistisch Machbare konzentriert werden – bei der Zusammenarbeit ebenso wie bei der Bekämpfung der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen.

6. Wir müssen in der EU einen Konsens darüber schaffen, welches die wichtigsten außenpolitischen Aufgaben sind. Aus meiner Sicht sind das:

› **Zum Ersten:** Die EU muss **verhindern, dass fremde Mächte zusätzliche Probleme direkt**

vor unserer Haustür oder gar in unserem Haus schaffen. Das versucht China geschickt mit seiner Seidenstraßen-Initiative, weshalb wir dringend eine EU-China-Strategie brauchen. Und das versucht Moskau mit den eingangs genannten Mitteln.

› **Zum Zweiten: Die EU muss sich stärker um die Entwicklung der Länder des Westlichen Balkans kümmern,** was nicht Rabatt bei den Beitrittskriterien, aber mehr wirtschaftliche Aufbauhilfe und auch mehr, aber ehrliche Empathie (nicht die falsche Scheinempathie der EU-Kommission) bedeutet. Das muss einschließen, über Alternativen zur Vollmitgliedschaft nachzudenken für den Fall, dass die Kandidatenländer die Kriterien nicht erfüllen können oder wollen – auch als Zwischenschritt zur Ermutigung auf dem langen, nach Corona noch längeren Weg nach Europa. Zugleich muss den Westbalkan-Ländern mehr Loyalität abverlangt werden als Gegenleistung für die politische und finanzielle Förderung bei der schrittweisen Umsetzung ihrer EU-Perspektive.

› **Zum Dritten:** Die Mittel der Konnektivitätsstrategie der EU als die Alternative zur „Seidenstraßen-Initiative“ sind im Vergleich zu China begrenzt. Sie müssen primär als Abwehr gegen den chinesischen Einfluss in Europa und bei wichtigen europäischen Nachbarn eingesetzt werden.

› **Zum Vierten: Die EU muss sich um eine bessere und vertiefte Zusammenarbeit mit Schlüsselpartnern in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft kümmern.** Das gilt für die Türkei, das gilt für die Östliche Partnerschaft. Das Konzept der individuellen Zusammenarbeit mit den ÖP-Staaten muss insbesondere der Resilienz gegen Russland dienen – der östlichen Partner ebenso wie der EU! Dementsprechend muss die Östliche Partnerschaft strategischer ausgerichtet werden – zumindest für die Partner Ukraine, Moldau und – so weit wie möglich – Weißrussland.

- › **Zum Fünften: Die Türkei ist nicht irgendein Sicherheitspartner! Sie ist für die EU das Bollwerk gegen sicherheitspolitische Herausforderungen aus dem Nahen und Mittleren Osten** wie Terrorismus, Migration etc. Aus diesem Grund muss es das Interesse der EU sein, die Beziehungen zur Türkei zu verbessern und sie stärker zu unterstützen – politisch, wirtschaftlich, finanziell und auch sicherheitspolitisch.
- › **Zum Sechsten: Die Ukraine-Politik der EU braucht mehr Empathie im eigenen Interesse. Strategisches Ziel muss sein, die Ukraine um das Konfliktfeld Ostukraine herum so zu modernisieren, dass dies eine vorbildhafte Politik-verändernde Wirkung auf Russland hat.** Dementsprechend muss das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen zügiger umgesetzt werden. Gleichzeitig muss für die Minsker Verhandlungen äußerste Sorgfalt und strategische Geduld gelten! Denn Putins Russland hat kein Interesse an einer Regelung, die einen Abzug seiner Streitkräfte aus der Ostukraine und eine Wiederherstellung der Souveränität Kiews zur Folge hat.
- › **Zum Siebenten: Die EU braucht in ihrer Russland-Politik mehr Geschlossenheit!** Leitgedanke dabei muss sein, dass die EU wirksamere Resilienz entwickeln muss gegen ein Russland, das mit China als systemischer Herausforderer zusammen agiert mit dem Ziel, die internationale Ordnung zu Lasten des Westens zu verändern. Das Russland Putins kann kein Partner sein, solange es sich wiederholt völkerrechtswidrig verhält, Europa bedroht und alles tut, um die EU und die NATO zu schwächen und zu spalten. Es muss endlich die Illusion aufgegeben werden, dass man Putins Russland durch Zusammenarbeit oder Handel wandeln kann. Ein selektives Engagement mit diesem Russland, sollte dann angestrebt werden, wenn es für die EU – insbesondere für ihre Sicherheit - von besonderem Interesse ist, und es muss klar definierten Kriterien entsprechen.

- › **Zum Achten: Das Schicksal Afrikas hat unmittelbare Auswirkungen auf Europa.** Deshalb müssen wir uns mehr darum kümmern und investieren. Darum ist der EU-Afrika-Gipfel im Herbst so wichtig. Als ein Schwerpunkt muss sich die Europäische Union zusammen mit anderen Partnern der internationalen Gemeinschaft noch stärker für die Stabilisierung und Entwicklung des Sahels einsetzen. Und wir dürfen Afrika nicht noch mehr dem Einfluss Chinas und inzwischen auch wieder Russlands überlassen.

7. Die europäisch-amerikanischen Beziehungen: Politischer Graben statt transatlantischer Brücke?

Wird Corona zum Brandbeschleuniger im transatlantischen Handelskonflikt? Ging es in der Vergangenheit in erster Linie um Absatzzahlen und Import-Export-Saldi, so könnte es zukünftig um den Besitz von als strategisch wichtig definierter Hightech-Unternehmen (u. a. Biotech) gehen. Unter dem Rubrum „Sicherung strategischer Industrien“ könnte ein Kampf um Unternehmen und Technologien ausbrechen, vor allem wenn die USA die nationale Sicherheit noch sehr viel weiter definiert als vor der Corona-Krise.

Perspektivisch drohen die USA nicht nur rhetorisch in eine neue Phase des Isolationismus zu verfallen – diesmal als Schutz vor „Viren aus dem Ausland“. Schon in der Migrationspolitik (Mauer an der mexikanischen Grenze), in der Abwehr des Terrors (seit 2001 stark verschärfte Einreisekontrollen und Überwachungen auch gegenüber den Bürgern aus Bündnisstaaten), im Konflikt mit Iran und China (Druck auf Partner, die harte US-Linie zu fahren) und in Handelsfragen entwickelt sich die durch Trump zur offiziellen Strategie verkündete „America first“-Politik zusehends zur einer „Fortress America“-Politik. Dies könnte durch Corona „eskalieren“, indem die USA sich mehr und mehr wappnen gegen Bedrohungen und Gefahren von außen und sich dafür in ihre „Festung“ zurückziehen.

Daneben drohen latent schwelende oder auch offen ausgetragene transatlantische Differenzen zu eskalieren. So etwa in der Iranfrage, wo die EU-Staaten angesichts der Schwere der Pandemie in Iran einmal mehr die „Maximum Pressure“-Politik der USA ablehnt. Oder in Fragen der Schuldenpolitik von Entwicklungs- und Schwellenländern, in der EU-Staaten schon in der Vergangenheit für Erleichterungen bei der Entschuldung und bei Auflagen zur Kreditaufnahme etwa durch den IWF eintraten, die USA sich aber in der Regel mit härteren Auflagen für die jeweiligen Staaten positionierten.

Nicht zuletzt müssen wir verstärkt für den Erhalt der NATO kämpfen und unsere Beiträge dafür leisten: Sollte Trump erneut Präsident werden, wird es auch um den Fortbestand der NATO als Garant europäischer Sicherheit gehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Lars Hänsel

Abteilungsleiter Europa/Nordamerika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T +49 30 / 26 996-3526
lars.haensel@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin 2020
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR
Satz: Marianne Graumann, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Der Text ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. oder des Rechteinhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.